

Auch Putin will Vergeltung

Russischer Geheimdienst FSB vermutet Bombe als Ursache für Flugzeugabsturz auf Sinaihalbinsel. Angriffe gegen »Islamischen Staat« intensiviert

Reinhard Lauterbach

Auch Russland geht jetzt davon aus, dass das am 31. Oktober über der Sinaihalbinsel abgestürzte russische Charterflugzeug Ziel eines Anschlages wurde. Das geht aus einem Bericht hervor, den Geheimdienstchef Alexander Bortnikow am Montag Präsident Wladimir Putin überreichte. Danach sei die wahrscheinlichste Ursache des Absturzes die Explosion einer Sprengladung in einer Stärke von etwa einem Kilo TNT an Bord der Maschine. Der russische Geheimdienst setzte eine Belohnung von 50 Millionen US-Dollar für Hinweise auf die Urheber des Attentats aus.

Ob der Geheimdienst FSB damit einer Ermittlung der Täter näher kommt, bleibt abzuwarten. Unmittelbares Ergebnis war die Anordnung Putins, die Angriffe auf Ziele der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) in Syrien zu intensivieren. Die Pariser Zeitung *Le Monde* berichtete am Dienstag von einer Serie von Angriffen russischer seegestützter Marschflugkörper auf Rakka, die »Hauptstadt« des IS in Syrien. Die Geschosse seien diesmal vom Mittelmeer aus abgefeuert worden. Die US-Regierung bestätigte diese Meldung wenig später. Russland habe die USA vorab über die bevorstehenden Angriffe informiert.

Gleichzeitig flogen französische Kampfflugzeuge ebenfalls Angriffe auf Rakka. Nach den Pariser Anschlägen vom vergangenen Freitag ist damit eine faktische Aktionseinheit zwischen den Streitkräften Frankreichs und Russlands zustande gekommen. Frankreichs Präsident François Hollande hatte am Montag angekündigt, sich mit den USA, aber auch mit Russland über eine gemeinsame Bekämpfung des IS zu verständigen. Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy hatte am Wochenende ebenfalls dazu aufgerufen, Russland als Partner in die Antiterrorallianz einzubeziehen.

Dass Russland jetzt ebenfalls offiziell von einem Anschlag spricht, ist als Tatsache wenig überraschend. Britische und US-amerikanische Geheimdienste hatten entsprechende Analysen schon wenige Tage nach dem Absturz veröffentlicht. Russland hatte sich mit entsprechenden Einschätzungen zwei Wochen lang zurückgehalten, vermutlich, um zunächst die Reaktion der eigenen Öffentlichkeit zu testen und die einstweilen vorhandene, wenn auch nicht enthusiastische Unterstützung für den Militäreinsatz in Syrien nicht in Gefahr zu bringen.

Nun beginnen russische Geheimdienstvertreter, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, dass ein Anschlag auch in Russland nicht völlig ausgeschlossen werden könne. Parallel denken diese offiziellen Sprecher über Lösungen nach, die den Forderungen europäischer Konservativer über eine Aufhebung des Schengen-Abkommens ähnlich sind. Das Portal *lenta.ru* zitierte einen Geheimdienstler mit der Aussage, die unkontrollierten Grenzen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens seien der wahrscheinlichste Pfad, auf dem islamistische Terroristen nach Russland einsickern könnten. Im Grunde könne allenfalls gegenüber Kasachstan der gegenwärtige ungehinderte Grenzverkehr aufrechterhalten werden, da das Lebensniveau dort ähnlich hoch sei wie in Russland. Gegenüber Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan aber müsse eigentlich die

Außengrenze der Eurasischen Union befestigt und der Reiseverkehr durch eine Visumpflicht unter Kontrolle gebracht werden. Das stößt freilich nicht nur auf enorme technische Probleme – große Teile der Grenze verlaufen durch schwach besiedelte Steppe oder Wüste –, sondern vor allem auf politische: Wenn sich Russland jetzt abschotten würde, würde es gleichzeitig seine politisch-wirtschaftlichen Integrationsbemühungen in Zentralasien zunichte machen.

<http://www.jungewelt.de/2015/11-18/001.php>